Ambulante Notfallversorgung

„Portalpraxen“ in Krankenhäusern

Gewinner der Krankenhausstrukturreform sind die Krankenhausträger, denn das Gesetz spült mittelfristig bis zu 10 Milliarden € in ihre Kassen. Gut für Personal und Patienten, wenn das viele Geld tatsächlich für die Stärkung der Pflege und Erweiterung der personellen Ausstattung in den Krankenhäusern verwendet wird. Was bereits auf dem Plan steht, nennt sich „Portalpraxen“ zur ambulanten Rundumversorgung in den Krankenhäusern, obwohl die vielerorts gar nicht gebraucht werden.

Zu den Gewinnern der Krankenhausstrukturreform (KHSG) gehören auch die Bundesländer. Im Bundesrat ist es ihnen gelungen, an der Verpflichtung vorbeizukommen, endlich die erforderlichen Mittel für die Investitionen in den Kliniken aufzubringen. Mit der gesetzlichen Aufstockung der Betriebsmittel werden die Krankenhäuser in Zukunft noch mehr als heute notwendige Investitionen aus den Benutzerkosten (DRG) finanzieren. Der Strukturfonds ist zudem ein eleganter Weg an 500 Millionen € Beitragsmittel der Kassen für die Finanzierung von Aufgaben der Länder heranzukommen.

Aus der Sicht der Ärzte ist die Sache klar: „Keine Subventionierung der Krankenhäuser durch Vertragsärzte,“ (KV Rheinland-Pfalz). Die Stimme der Ärzte wird in Berlin aber kaum noch wahrgenommen. Die Vertragsärzte stehen weiter in einem Abwehrkampf gegen eine weitere Erosion des Sicherstellungsauftrages und gegen die Expansion der Krankenhäuser in die ambulante Versorgung.

Die erheblichen Mehrausgaben für die stationäre Versorgung markieren schon jetzt für das Jahr 2017 den Start in eine Kostendämpfungsdiskussion und die Struktur der gesetzlichen Krankenversicherung (Stichwort: Bürgerversicherung). Da müssen die Ärzte sehr aufpassen, dass sie nicht unter die Räder einer verhängnisvollen Sparpolitik geraten. Ein Lichtblick für die Fachärzte ist derzeit allein die Aussicht auf eine angemessene Vergütung der in der Notfallversorgung erbrachten Leistungen ab 2017.

Tauziehen um Versorgungsauftrag

Aus der Sicht der KVen „ist der Paradigmenwechsel von einer funktionierenden, vielerorts gerade neu aufgebauten Bereitschaftsdienststruktur der Vertragsärzte hin zu einer ambulanten Rundumversorgung durch die Krankenhäuser logisch nicht nachvollziehbar“, erklärt die „Freie Allianz der Länder-KVen“ (FALK). Die Kritik richtet sich gegen eine gesetzliche Regelung, die als „Sollvorgabe“ die KVen verpflichtet, „entweder Notdienst-

praxen in oder an Krankenhäusern einzurichten oder Notfallambulanzen der Krankenhäuser unmittelbar in den Notdienst einzubinden“. Es bestehe dabei ein weiter Gestaltungsspielraum, heißt es in der Begründung, der insbesondere dazu dient, den regionalen Versorgungsbedürfnissen gerecht werden zu können. Auf regionaler Ebene ist jetzt ein Tauziehen mit den Krankenhäusern dazu angesagt, ob es bereits eine gute Notfallversorgung gibt, die eine Einrichtung von „Portalpraxen“ überflüssig macht. Die KVen stehen hier vor einer großen Herausforderung, schließlich werden Portalpraxen beziehungsweise eingebundene Notfallambulanzen aus der Gesamtvergütung der niedergelassenen Ärzte finanziert.

Die Fachärzte können davon ausgehen, dass spätestens bis zum 31. Dezember 2016 eine grundlegende Veränderung der Vergütungen von Leistungen im Notdienst und bei der Notfallversorgung erfolgen wird. Im KHSG wird für diese Aufgabe eigens eine erweiterte personelle Besetzung des Erweiterten Bewertungsausschusses unter Beteiligung der Deutschen Krankenhausgesellschaft geschaffen. Dieses Gremium soll mit Wirkung für die niedergelassenen Ärzte und die Krankenhäuser die Vergütung der Leistungen im Notdienst nach dem Schweregrad differenzieren. Dadurch soll dem Umstand Rechnung getragen werden, dass ein Teil der Versicherten im Notfall krankenhausspezifische Notfallleistungen, ein Teil fachspezifische Notfallleistungen (die nicht immer zum Zeitpunkt des Notfalls und am konkreten Ort im ärztlichen Bereitschaftsdienst verfügbar sind) und ein weiterer Teil lediglich allgemeine Notfallleistungen benötigt. Es ist davon auszugehen, dass sich die Vertreter der KBV und der Deutschen Krankenhausgesellschaft dafür einsetzen werden, eine angemessene Vergütung der im Notdienst erbrachten Leistungen zu erreichen. *Norbert Fischer*

Braucht es für die ambulante Notversorgung Portalpraxen in den Krankenhäusern?